

401-011

## **8. Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses**

### **N i e d e r s c h r i f t**

über die 8. Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses  
am Donnerstag, den 19.11.2015  
in der Bezirksverwaltung, Raum Donau, 7. Stock, Hafnerberg 10, 86152 Augsburg

#### **Tagesordnung:**

##### **Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung des Protokolls vom 24.09.2015
2. Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge
3. Beratung des Haushaltsplanes 2016 des Bezirks Schwaben, insbesondere Einzelplan 4 - Soziale Sicherung -
4. Änderung der Richtlinien zur Förderung von Zuverdienstarbeitsplätzen ab 01.01.2016
5. Investitionskostenzuschuss Neubau Wohnheim in Markt Wald (12 Plätze)
6. Ausstattungsförderung WfbM Ursberg, Holzen und Pfaffenhausen
7. Neue Maßnahmen im SGB XII Bereich, Lebenshilfe Ostallgäu, Erweiterung des Wohnangebotes für geistig behinderte Menschen in Marktoberdorf
8. Bekanntgaben und Verschiedenes

Dauer von 09:32 - 11:42 Uhr

##### **Anwesende:**

Bezirkstagspräsident:  
Jürgen Reichert

Stellvertretender Bezirkstagspräsident:  
Alfons Weber

Bezirksräte/Bezirksrätinnen:  
Petra Beer  
Erwin Gerblinger  
Alexander Hold

Barbara Holzmann  
Ursula Lax  
Peter Schiele  
Sissi Veit-Wiedemann

1. Vertreter

Fritz Effenberger

Protokollführung:

Nicole Ott

von der Verwaltung:

Matthias Bestle  
Birgit Böllinger  
Thomas Düll  
Nadja Hein  
Gertrud Kreutmayr  
Brigitte Kronhöfer  
Maximilian Monzer  
Gunnar Panskus  
Martin Seitz

Gäste

Thomas Schütz  
Volkmar Thumser

**Entschuldigt:**

Bezirksräte/Bezirksrätinnen:

Frederik Hintermayr

Herr Bezirkstagspräsident Reichert eröffnet um 09:32 Uhr die 8. Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Vertreter der Presse sind im öffentlichen Teil der Sitzung anwesend.

Frau Bezirksrätin Holzmann reicht während der Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses drei Anträge der Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90 Die Grünen/ÖDP ein. Es handelt sich dabei um die Erhöhung der Haushaltsansätze in der ambulant-komplementären psychiatrischen Versorgung (Tagesstättenplätze für seelische Gesundheit), die Entwicklung von Krisendiensten für psychisch behinderte Menschen sowie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Etablierung eines sozialpsychiatrischen Beratungs- und Beschwerdemanagements beim Bezirk Schwaben. Der Antrag auf Erhöhung des Haushaltsansatzes für Tagesstätten für seelische Gesundheit soll inhaltlich im Rahmen der Haushaltsberatung für 2016 behandelt werden. Der Antrag für die Entwicklung eines psychiatrischen Krisendienstes soll in der Sitzung des Bezirksausschusses am 26.11.2015 und der Antrag auf Installierung eines Beschwerdemanagements soll in der nächsten Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses behandelt werden.

## Öffentliche Sitzung

### **TOP 1      Genehmigung des Protokolls vom 24.09.2015**

---

Der öffentliche Teil des Protokolls der 7. Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses vom 24.09.2015 wurde den Mitgliedern des Sozial- und Psychiatrieausschusses fristgerecht übersandt. Einwendungen wurden nicht erhoben.

Die Mitglieder des Sozial- und Psychiatrieausschusses fassen folgenden **Beschluss**:

Der öffentliche Teil des Protokolls der 7. Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses vom 24.09.2015 wird genehmigt.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 9 : 0

### **TOP 2      Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge**

---

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage nebst Anlagen sowie die Tischvorlage vom 16.11.2015 wird verwiesen.

Die Leiterin der Sozialverwaltung, Frau Kreutmayr, trägt den Sachverhalt vor.

Frau Kreutmayr weist außerdem darauf hin, dass sich die Nettobelastung erhöhen kann, da nach Informationen verschiedener Jugendämter der Anteil unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, welche im Kalenderjahr 2016 das 18. Lebensjahr erreichen nicht ca. 12 %, sondern ca. 30 % betragen wird. Kosten für Personen, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben, werden vom Freistaat Bayern nicht mehr erstattet.

Deutschlandweit erhalten nach Informationen des Staatsministeriums nur Flüchtlinge in zwei Bundesländern, zu welchen auch das Bundesland Bayern gehört, ab dem 18. Lebensjahr noch Leistungen der Jugendhilfe. In Schwaben beabsichtigt nur der Landkreis Neu-Ulm Jugendhilfeleistungen an über 18-jährige Flüchtlinge einzustellen und in die Systeme der Erwachsenen zu überführen.

Herr Schütz von der Regierung von Schwaben ergänzt, dass die bundesweite Verteilung der in Bayern ankommenden Flüchtlinge seit 01.11.2015 gut funktioniert. Von den minderjährigen Flüchtlingen leben derzeit nur ca. 30 % in Bayern (man war von ca. 40 % ausgegangen). 2015 gab es in Bayern rund 10.000 Neuzugänge. Der Bezirk Schwaben hat nach dem Königssteiner Schlüssel rund 1700 Plätze vorzuhalten.

Herr Bezirkstagspräsident Reichert weist darauf hin, dass es sich hier um sehr schwierige Prognosen handelt, da davon auszugehen ist, dass der Flüchtlingsstrom der Jugendlichen nicht abebben wird. Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge haben nach Anerkennung von Gesetzeswegen die Erlaubnis, ihre Familienangehörigen nach Deutschland einreisen zu lassen. Es ist daher ein Zuwachs dieser Familien anzunehmen. Der Bezirk Schwaben habe im Rahmen der Kostenerstattung Kindergartenbeiträge zu finanzieren. Auch die Fallzahlen in der Kinderpsychiatrie zeigen steigende Tendenz.

Die Mitglieder nehmen hiervon Kenntnis.

**TOP 3     Beratung des Haushaltsplanes 2016 des Bezirks Schwaben, insbesondere Einzelplan 4 - Soziale Sicherung -**

---

Der Sachvortrag erfolgt durch Herrn Bezirkskämmerer Seitz.

Herr Bezirkskämmerer Seitz erläutert, dass die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplanes 4 (Soziale Sicherung) 95,89 % des Haushaltsvolumens des Bezirk Schwabens betreffen. Er weist darauf hin, dass zwei Faktoren zu einer Steigerung des Haushaltsvolumens für das Kalenderjahr 2016 beigetragen haben. Zum einen sind für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im Haushaltsjahr 2016 Ausgaben in Höhe von 45 Millionen eingepflegt. Dieser Kostenpunkt belief sich im Haushaltsjahr 2015 noch auf 9,4 Millionen. Zum anderen ist aufgrund der Tarifeinigung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ein nicht unerheblicher Betrag zu veranschlagen.

Weiter teilt Herr Bezirkskämmerer Seitz mit, dass der Ausgleichsbetrag gemäß Artikel 15 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Jahr 2016 116,7 Millionen betragen wird. Dies ist im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 (116,8 Millionen) nahezu identisch geblieben.

Die Umlagekraft im Bezirk Schwaben ist 2016 um 12,10 % gestiegen. Dies würde bei gleichbleibendem Hebesatz Einnahmen aus der Bezirksumlage in Höhe von 436.765.034 € bedeuten, das sind Mehreinnahmen für den Bezirk Schwaben im Jahr 2016 in Höhe von 47.026.219 €.

Deswegen weist der Ansatz für das Kalenderjahr 2016 einen Überschuss von 4.371.300 € aus. Herr Bezirkskämmerer Seitz weist darauf hin, dass es drei Möglichkeiten gibt, mit diesem Überschuss umzugehen.

Entweder wird die Bezirksumlage um diesen Überschuss gesenkt, d.h. für die Gemeinden und Gemeindeverbände würde sich eine Senkung von 0,23 Punkten ergeben.

Der Überschuss könnte alternativ der Rücklage zugeführt werden oder dazu verwendet werden, den risikobehafteten Haushaltsansatz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nachzubessern.

Die Leiterin der Sozialverwaltung, Frau Kreutmayr, benennt die wichtigsten Haushaltstellen des Einzelplanes 4 und die Gründe der Änderungen der Einnahmen/Ausgaben im Haushaltsansatz 2016.

Frau Bezirksrätin Veit-Wiedenmann beantragt, den Haushaltsansatz der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (45.090.500 €) aufgrund der unsicheren Prognose um den Überschuss von 4.371.300 € aufzustocken.

Herr Bezirkstagspräsident Reichert unterstützt den Antrag von Frau Veit-Wiedenmann mit dem Vorschlag, dass von Seiten der Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses am 26.11.2015 verschiedene Berechnungsvarianten zu dem unsicheren Ansatz der Kosten der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge anzustellen. Eine evtl. Erhöhung wird jedoch nicht mehr als 4,4 Millionen, d.h. nicht mehr als den Haushaltsüberschuss betragen.

Die Mitglieder beschließen dieses Vorgehen.

Frau Bezirksrätin Holzmann bezog sich auf ihren zu Beginn der Sitzung eingereichten *Antrag* auf Erhöhung der Haushaltsansätze in der ambulant-komplementären psychiatrischen Versorgung und Erhöhung der Platzzahl für die Tagesstätten für seelische Gesundheit um 40 abrechenbare Plätze.

Frau Bezirksrätin Holzmann bemängelt, dass die Platzzahlerhöhung von 19, auch ohne Zusmarshausen, nicht ausreichend sei. In den letzten 2 Jahren haben außerdem keine Platzzahlerhöhungen stattgefunden. Der Haushaltsansatz sei mit 19,5 Mio. € für die ambulant-komplementären Angebote vergleichsweise gering.

Herr Bezirkstagspräsident Reichert informiert, dass keine Platzzahlerhöhungen stattgefunden hatten, da eine gemeinsame Erarbeitung von Qualitätsstandards und eine Leistungsbeschreibung erfolgt ist und Zielvereinbarungen mit den Trägern der Tagesstätten geplant sind. Die Terminierung von Zielvereinbarungsgesprächen ist für Anfang 2016 vorgesehen. Dies wurde mit den Tagesstätten bereits abgesprochen. Aus dem Ergebnis dieser Zielvereinbarungsgespräche und auf der Grundlage der Evaluierungsauswertung kann, je nach Sachlage auch eine Änderung der Platzzahlen erfolgen. Die eingeplante Tagesstätte in Zusmarshausen ist er letzte weiße Fleck in Schwaben. Eine Umsetzung ist jedoch nicht vor Ende 2016 möglich

Der Abteilungsbereichsleiter des Kompetenzzentrums der Schwäbischen Sozialpsychiatrie, Herr Monzer, ergänzt, dass die Zielvereinbarungen individuell zu gestalten sind, da jede Tagesstätte für andere Bedarfe und Bedürfnisse der Menschen mit psychischer Behinderung zur Verfügung steht. So ist zum Beispiel eine Tagesstätte mit einem Zuverdienstprojekt anders zu vereinbaren, als eine Tagesstätte, welche dies nicht anbietet.

Dem *Antrag* von Frau Holzmann auf Erhöhung der Platzzahlerhöhung von 19 auf 40 wird *nicht entsprochen*.

Herr Bezirksrat Schiele erkundigt sich, warum im Haushaltsentwurf 2016 der Betrag für die Integrationsfirmen nicht erhöht wurde.

Die Leiterin der Sozialverwaltung, Frau Kreutmayr, antwortet, dass Integrationsfirmen den verschärften Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes unterliegen und jetzt auch Mindestlohn bezahlen müssen. Der Haushaltsansatz wurde im Jahr 2014 nicht ausgeschöpft und im laufenden Haushaltsjahr wird er vermutlich auch nicht in vollem Umfang benötigt werden.

Frau Bezirksrätin Holzmann schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses einen Tagesordnungspunkt zur Förderung von Integrationsfirmen aufzunehmen. Hierzu soll auch ein Vertreter einer Integrationsfirma eingeladen werden.

Herr Bezirkstagspräsident Reichert fasst zusammen, dass die Erhöhung des Haushaltsansatzes, derzeit noch unabhängig davon, welche Haushaltsstellen ggf. bedient werden, höchstens dem Betrag des Überschusses (4.371.300 €) entsprechen wird.

Die Mitglieder des Sozial- und Psychiatrieausschusses fassen folgenden **Beschluss**:

Der Sozial- und Psychiatrieausschuss empfiehlt dem Bezirksausschuss dem Einzelplan 4 des Haushaltsentwurfes für das Haushaltsjahres 2016 zuzustimmen.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 9 : 0

**TOP 4 Änderung der Richtlinien zur Förderung von Zuverdienst Arbeitsplätzen ab 01.01.2016**

---

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage nebst Anlage wird verwiesen.

Der Abteilungsbereichsleiter des Kompetenzzentrums der Schwäbischen Sozialpsychiatrie, Herr Monzer, trägt den Sachverhalt vor.

Frau Bezirksrätin Holzmann begrüßt die Neufassung der Richtlinien. Nach wie vor ist sie jedoch nicht mit der Begrenzung auf 15 Stunden wöchentlich einverstanden.

Herr Monzer entgegnet, dass es sich hierbei um eine rentenrechtliche Regelung handle. Herr Bezirksrat Gerblinger bestätigte diese Aussage.

Die Mitglieder des Sozial- und Psychiatrieausschusses fassen folgenden **Beschluss**:

Der Sozial- u. Psychiatrieausschuss empfiehlt dem Bezirksausschuss, der in der Anlage beigefügten, ab 01.01.2016 neu gefassten Förderrichtlinie „Zuverdienst“ zuzustimmen.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 9 : 0

**TOP 5 Investitionskostenzuschuss Neubau Wohnheim in Markt Wald (12 Plätze)**

---

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Frau Kronhöfer trägt den Sachverhalt vor.

Die Mitglieder des Sozial- und Psychiatrieausschusses fassen folgenden **Beschluss**:

Der Sozial- und Psychiatrieausschuss stimmt der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 237.900 € für die Einrichtung eines Wohnheimes des Fichtenhaus e.V. in Markt Wald zu.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 9 : 0

**TOP 6 Ausstattungsförderung WfbM Ursberg, Holzen und Pfaffenhausen**

---

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Frau Kronhöfer trägt den Sachverhalt vor.

Die Mitglieder des Sozial- und Psychiatrieausschusses fassen folgenden **Beschluss**:

Der Sozial- und Psychiatrieausschuss stimmt der Gewährung eines Zuschusses i.H.v. 12.891 € für die Ausstattung der Werkstätten Ursberg, Holzen und Pfaffenhausen zu.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 9 : 0

**TOP 7 Neue Maßnahmen im SGB XII Bereich, Lebenshilfe Ostallgäu, Erweiterung des Wohnangebote für geistig behinderte Menschen in Marktoberdorf**

---

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Frau Kronhöfer trägt den Sachverhalt vor.

Die Mitglieder des Sozial- und Psychiatrieausschusses fassen folgenden **Beschluss**:

Der Sozial- und Psychiatrieausschuss empfiehlt dem Bezirksausschuss der Erweiterung der Plätze der Lebenshilfe Ostallgäu um 16 Plätze auf 171 Plätze für geistig behinderte Menschen zuzustimmen.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 9 : 0

**TOP 8 Bekanntgaben und Verschiedenes**

---

Weitere Punkte oder Anregungen werden nicht genannt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, folgt der nichtöffentliche Teil der Sitzung. Abschließend dankt der Vorsitzende den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 11:42 Uhr den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Sozial- und Psychiatrieausschusses.

Augsburg, den 19.11.2015

gez.  
Jürgen Reichert  
Bezirkstagspräsident

gez.  
Nicole Ott